

chen, universalen Lehramt unfehlbar gelehrt worden sei, verwies die Glaubenskongregation – und konnte dies in der Tat auch nicht – weder auf eine Befragung aller Bischöfe, noch auf allgemeine Glaubenzustimmung der katholischen Gläubigen.

## Schluß

Das Zweite Vatikanische Konzil erklärte, „anders erhebt die Wahrheit nicht Anspruch als kraft der Wahrheit selbst, die sanft und zugleich stark den Geist durchdringt“ (DH 1). In Übereinstimmung mit der katholischen Theologen eigenen Verantwortung bietet diese Stellungnahme Überlegungen zu einigen der grundlegenden Fragen, die durch das Responsum der Kongregation für die Glaubenslehre aufgeworfen werden. Sie bezieht sich auf bekannte und anerkannte Prin-

zipien katholischer Theologie. Die Stellungnahme stützt die Überzeugung, daß die ganze Kirche, vor allem ihre Hirten und Theologen, sich weiterhin mit der Frage kirchlicher Autoritätsausübung und Verantwortung in dieser Angelegenheit befassen müssen.

Es bestehen ernstzunehmende Zweifel in bezug auf die Art der Verbindlichkeit dieser Lehre und ihrer Grundlage in der Tradition. Es besteht ein ernstzunehmender und weit verbreiteter Widerspruch in dieser Frage nicht nur unter Theologen, sondern auch innerhalb der Gemeinschaft der Kirche insgesamt. Noch einmal, es scheint uns daher offensichtlich, daß weiterhin Forschung, Diskussion und Gebet in bezug auf diese Frage unter allen Kirchenmitgliedern in Übereinstimmung mit ihren speziellen Begabungen und Berufungen notwendig sind, wenn die Kirche vom Geist geführt werden soll – in Treue zur authentischen Tradition des Evangeliums heute.

# Entgegnungen statt Begegnungen

Das Barometer im Dialog mit Muslimen steht auf „stürmisch“

*Das Verhältnis zwischen muslimischer Minderheit und nichtmuslimischer Mehrheit in Deutschland ist derzeit erheblichen Belastungsproben ausgesetzt. Barbara Huber-Rudolf von der „Dokumentationsleitstelle Christlich-Islamische Begegnung“ (CIBEDO) in Frankfurt skizziert für uns die aktuellen Spannungen und plädiert für mehr Ehrlichkeit, Standfestigkeit, aber auch Beweglichkeit im Dialog.*

„Läuten ja, rufen nein!“ Mit dieser Schlagzeile vom 21. Juli 1982 war seinerzeit nicht der Muezzin gemeint, sondern ein katholischer Pfarrer aus dem Landkreis Kronach, der über Lautsprecher die Todesfälle seiner Gemeinde bekannt geben wollte. Ein erlaubnisfreies Schallzeichen zur Religionsausübung konnte das Verwaltungsgericht in Bayreuth in den Bekanntmachungen nicht erkennen. Doch seit einem Jahr mehren sich die Meldungen aus Moschee- und Stadtgemeinden, in denen der öffentliche und lautsprecherverstärkte Ruf des Muezzins zur Debatte steht.

Die Diskussion fördert dabei ein breites Spektrum von Emotionen und Argumenten zutage. Die islamischen Gemeinden, das sind nach Auskunft des Zentrums für Türkeistudien in Essen vermutlich zwei Dutzend, stellen ihre Anträge aus dem längst erwarteten Selbstbewußtsein heraus, ihre Religion so leben zu wollen wie in den islamischen Herkunftsländern. Die Gemeinden, die die Ablehnung ihrer Anträge akzeptieren, halten den öffentlichen Gebetsruf in einer überwiegend nichtmuslimischen Umgebung für nicht sinnvoll. Sie verzichten vielleicht auch aus Furcht vor Konfrontationen mit der Nachbarschaft. Die Christen, die sich in das Tauziehen einschalten, sind sich auch nicht einig. Mit Recht wird das Argument als unhistorisch und inhaltlich falsch ab-

gewehrt, der Ruf des Muezzins sei mit dem Läuten der Glocken zu vergleichen und müsse von den Christen „ertragen“ werden, wie deren Gebetsaufruf von den Areligiösen toleriert werde. Die kerygmatische Intention des Adhan, das ist der Fachbegriff für den Ruf des Muezzins, kann auch als Ausdruck des missionarischen Anliegens der Muslime gedeutet werden.

Und natürlich fehlt in keinem Diözesanblatt der Hinweis auf die Situation der Christen in den islamischen Ländern und den Anspruch auf Gegenseitigkeit. Kleinmut, Angst und bornierten Egozentrismus werfen die Befürworter des Adhan den Gegnern vor. Sie fordern dieses Zeichen der Anerkennung und sehen darin eine Bereicherung religiöser Ausdrucksformen in der säkularen Gesellschaft. Die Politiker reden von Verfremdung der Stadtteile, fordern Beschränkungen des Gebetsrufs auf den Freitag oder die Zeiten zwischen 6 Uhr morgens und 22 Uhr abends, sie reden aber auch von der Gleichbehandlung der Religionen im angeblich religionsneutralen Staat.

Einen gewissen Höhepunkt erreichte der „Krach um den heiligen Krach“ in Hessen, als sich die hessen-nassauische Kirchenverwaltung in Darmstadt ihre ausgewogene und offene Erklärung von Scheich *Tantawi*, dem Oberhaupt der

Kairoer al-Azhar-Universität, während dessen Deutschlandbesuch würdigen ließ. Warum tritt der Ruf des Muezzins eine darartige Lawine von Gefühlen los? Warum dominieren die Entgegnungen im christlich-islamischen Gespräch mehr und mehr die Begegnungen?

Eine Erklärung für die derzeitigen Verstimmungen in der christlich-muslimischen Begegnung wird nach vielen Gründen Ausschau halten müssen. Beobachten wir die Presse, dann verwundert es nicht, daß der Vertrauensvorschuß, den die christlichen Dialogpartner ins Gespräch eingebracht hatten, aufgebracht wurde. Das Mißtrauen überwiegt, die Sanftheit der Tauben wurde bitter enttäuscht und die Klugheit der Schlangen leidvoll bestätigt. Fronten verhärten sich, und die Protagonisten der Begegnung müssen sich immer deutlichere und aggressivere Vorhaltungen gefallen lassen. Dabei ist die Beweislast erdrückend.

Seit sich die islamischen Gruppierungen organisieren, war immer die Frage nach dem „richtigen“, dem authentischen und aufrichtigen Dialogpartner gestellt worden. Dabei wurde fälschlich unterstellt, der Arbeitsplatz, die Nachbarschaft, das zufällige Nebeneinander lasse dem Nicht-Funktionär überhaupt die Möglichkeit der Auswahl. Die Pfarrgemeinde mußte und wird auch in Zukunft immer das Gespräch mit der islamischen Gruppierung suchen müssen, die sich in ihrem Sprengel angesiedelt hat! Den Funktionären in Staat und Kirche blieb die Auswahl, die durch den Imageverlust einiger Gruppierungen kleiner wird. Mit dem Aufschwung der Refah-Partei und Erbakans Islamisierungsbestrebungen war auch die Anstalt für Religion der Türkei in Mißkredit geraten.

Die kriminellen Umtriebe, die mit dem Namen der *Milli Görüs* in Verbindung gebracht wurden, führten sogar zu einer Neustrukturierung und Umbenennung der islamistischen Organisation. Seit dem jüngsten Verfassungsschutzbericht vereinigt nun die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs alle Vorurteile gegenüber dem islamischen Fundamentalismus auf sich. Und wenn es stimmt, was die WDR-Journalistin *Hildegard Becker* recherchiert hat, daß enge personelle und freundschaftliche Beziehungen zwischen Milli Görüs, den Scientologen, der Psycho-Sekte „La Rouche“ und sogar dem „Verband der Islamischen Kulturzentren“ bestehen, dann bleibt nicht einmal mehr die Weste des bislang so hoffähigen „Zentralrats der Muslime in Deutschland“ unbefleckt.

---

### Der Vertrauensvorschuß ist aufgebraucht

---

Von Toleranz wurde in den Zeitungen geschrieben und natürlich auch von Religionsfreiheit, als es um den öffentlichen Ruf des Muezzins ging. Toleranz aber ist in Verruf gekommen. Parteinahme für Minderheiten, Außenseiter und Nonkonformisten bringt die Mehrheit der normalen Mit(te)glieder zusehends auf. Mit Toleranz wird darüber hinaus Gleichgültigkeit assoziiert. Und wohl deshalb zeigen

derzeit islamische Organisationen wie aktive Christen lieber Profil statt Toleranz. Muslimische Jugendliche motiviert die Identitätssuche für ihr pointiertes Auftreten. „Weil sie in Deutschland nicht heimisch werden können, suchen türkische Jugendliche Trost im Koran und Geborgenheit im Islam.“ Das ist das Fazit einer soziologischen Studie unter der Ägide von *Wilhelm Heitmeyer* mit dem aussagekräftigen Titel „Verlockender Fundamentalismus“.

So der Islam für die türkischen Jugendlichen in Deutschland eine Bedeutung hat, was bei 24 Prozent der Fall zu sein scheint, dann steht für sie an erster und zentraler Stelle eindeutig die Stärkung des Selbstvertrauens durch die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft. An zweiter Stelle wird die Bedeutung der Sicherheit plazierte, die auch von Konvertiten zum Islam als Grund genannt wird. Die Gewißheiten der Lehre, der Vernunftgemäßheit der Glaubensinhalte und die hohe Akzeptanz der Rollenzuweisungen haben ihre Relevanz für die Identitätsbestimmung. Eine zunehmende Desintegration durch die Entwicklung einer islamischen Parallelgesellschaft befürchten nicht nur die Bielefelder Soziologen.

Das Magazin „Kontraste“ sendete am 22.5.97 den Beitrag: „Ausländische Kinder in Deutschland – Das Ende der Integration?“ Eine Berliner Grundschullehrerin kann ihren Unterricht nur mit Hilfe einer türkischen Dolmetscherin abhalten, weil die Deutschkenntnisse ihrer Schüler nicht ausreichen. Die dritte Generation wächst in der Sprache ihrer Großeltern auf. Und ein Vater erklärt dem Fernseheteam: „Ich und meine Frau wollen, daß unsere Kinder nicht so aufwachsen wie wir. Weil, ich bin hier aufgewachsen in zwei Kulturen, einmal türkische Kultur und einmal deutsche Kultur. Und ich weiß jetzt nicht, wo ich hingehöre... Und deswegen haben wir beschlossen, daß unsere Kinder erst mal unsere Kultur, unsere Religion, unsere Sitten richtig begreifen lernen. Und dann können sie die deutsche Kultur, den deutschen Glauben kennenlernen.“ Dagegen zieht der türkische Elternverein die Konsequenz: „Wir sagen erst mal, wenn jemand sein Kind wie ein türkisches Kind aufziehen lassen will, dann soll er in die Türkei zurückkehren...“

Von der Christlichen Mitte bis zur Deutschen Evangelischen Allianz hallt es wider, wie in den Wald gerufen wird. Wobei schon nicht mehr auszumachen ist, von wem der Ruf kam und wer das Echo zurückwarf. Die jüngste Erklärung der Lausanner Bewegung, der Deutschen Evangelischen Allianz und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Dienste (Stuttgart 1997), die einen ständigen Islam-Arbeitskreis bildeten, reißt mit ihrer polemischen Sprache die alten Narben der Verwundungen aus der Geschichte der Begegnung zwischen Christen und Muslimen wieder auf. In teilweise militanter Sprache verfolgt sie den Ansatz, die Gemeinsamkeiten und Gegensätze zwischen Christen und Muslimen aus „biblischer“ Sicht aufzuzeigen. Umeine objektive Perspektive bemüht sich der Arbeitskreis nicht.

In einem zweiten Teil behandelt die Erklärung „die christliche Mission unter Muslimen im Kontrast zu der islamischen

Werbung unter Christen“. In einem dritten Teil befaßte sie sich mit den konkreten, gesellschaftlichen Fragen, wie Verfassungstreue – nicht ohne den Hintergrund der aktuellen Ablehnung des Antrags der Zeugen Jehovas auf Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts wegen ihrer mangelnden Solidarität zu den Werten des deutschen Staates (vgl. ds. Heft, S. 385). Die Lausanner Erklärung warnt vor religionsverschiedenen Ehen, will Muslimen keine Gemeinderäume vermieten. *Cem Özdemir*, einwanderungspolitischer Sprecher der Grünen, und *Christa Nickels*, deren kirchenpolitische Sprecherin, wiesen die Aussagen der Erklärung als Versuch, Unfrieden zu stiften und die Ausgrenzung zwischen den Religionen in der deutschen Bevölkerung voranzutreiben, zurück. Mittelalterlicher Kreuzzugsmentalität werde Vorschub geleistet und oberflächliche Vorurteile würden bedient.

---

### Woran scheitern die Begegnungen?

---

Die Bürgerbefragung der Christlichen Mitte, ob die Empfänger der Wurfsendung ein „islamisches Deutschland“ wollten, soll dem Bau weiterer „politischer Moscheen und Islam-Zentren“ entgegenwirken. In ihrem Presseorgan, dem „Kurier der Christlichen Mitte“, nehmen die Rubriken mit scheinbar objektiven Informationen über den Islam, mit Konversionsberichten und dramatischen Schilderungen von religionsverschiedenen Ehen einen festen Platz ein. Eine aktive Konvertitin zum Islam, *Gaironisa Jacobs*, rät daher in ihrer „Antwort auf die Verleumdungen der Christlichen Mitte“ (Soltau 1997) Koranzitate nicht aus dem Zusammenhang zu reißen, nicht zu Übersetzungen von Nichtmuslimen zu greifen und mit Fakten zu argumentieren statt mit Hetze zu agitieren.

Auch in der erwähnten Schrift von *Gaironisa Jacobs* schieben die Vorurteile auf, die Wahrnehmungen voneinander, die mit dem Selbstverständnis wenig gemein haben. Am besten läßt es sich an dem populären Beispiel vom Bild der Frau zeigen, daß „sie über uns und wir über sie“ nur unzulänglich informiert sind. Es sind nicht nur die christlichen Fundamentalisten, die den Eindruck haben, aber dann auch laut in Worte fassen, daß die muslimische Frau dem Mann unterworfen und von diesem unterdrückt werde. Dagegen sehen die muslimischen Frauen, daß die sogenannten emanzipierten westlichen Frauen am Arbeitsplatz sexuell belästigt, in der Werbung zu Lustobjekten degradiert werden, „und die Frauenhäuser voll von nichtmuslimischen Frauen sind, die, weil sie von ihren Ehemännern verprügelt worden sind, in diesen Frauenhäusern Zuflucht suchen“. Und wer dann noch behauptet, die muslimischen Frauen seien des Schleiers wegen unfrei, solle sich nur ansehen, wie sich die Europäerinnen dem Diktat der Modeschöpfer unterwerfen. Die Europäerin, die sich in dem Bild, das die Muslima von ihr entwirft, wiedererkennt, dürfte so schwer zu finden sein, wie die Muslima, die den Vorstellungen der Europäerin

gleichkommt. Je schlechter jedoch das Leben der Anderen ausgemalt wird, um so besser schneidet das eigene Lebensmodell ab.

Die Wahrnehmungen entsprechen nicht nur nicht dem Selbstverständnis, die Wahrnehmungen der deutschen Gesellschaft von den Aktivitäten der Muslime werden von jenen auch gesteuert. Es kann nicht angehen, daß islamische Gruppen nur unter Druck über ihre politischen Ziele, die sie aufgrund islamischen Selbstvollzugs haben, nach außen Auskunft geben, während sie im Schutz nicht allseits geläufiger Sprachen nach innen Propaganda treiben.

Die Christlich-Islamische Gesellschaft in Pforzheim verteilt seit kurzem Arbeitsblätter über die Einstellung Papst Johannes Pauls II. zum Islam und dem Dialog mit Muslimen. Eine der Thesen heißt: „Der Dialog ist keine Sache von Fachleuten (z. B. Theologen), sondern der Gemeinde vor Ort und soll sich in vielerlei Formen abspielen.“ Abgesehen davon, daß der Vatikan die Ebenen des Dialogs der Fachleute und der alltäglichen Begegnung unterscheidet, aber noch nie gegeneinander abgewogen hat, bringt die These die Enttäuschung der Praktiker des Dialogs auf den Punkt.

Wohin, fragen sich die engagierten Christen an der Basis, hat die Theologen der Dialog mit den Muslimen denn schon gebracht? Haben sie Einigkeit über die Gottesfrage erzielt? Erkennen die Christen endlich Muhammad als Prophet an und die Muslime Jesus nicht nur als Propheten, sondern auch als Gottes Sohn? Können Sie gemeinsam beten? Hat der Dialog schließlich die Mission abgelöst? Nein! Die wenigen konkreten Ergebnisse sind doch nur auf Druck von der Basis zustande gekommen, nicht wahr? Nach mindestens zwanzig Jahren Vorarbeit von der Basis in Sachen religionsverschiedener Ehe zwischen Katholiken und Muslimen hat tatsächlich das Rituale von 1992 eine Form für die gottesdienstliche Handlung gefunden.

---

### Die Dialogebenen driften auseinander

---

Hochgesteckte Erwartungen von der „Abrahamatischen Ökumene“ wurden nicht erfüllt; sie konnten nicht erfüllt werden. Theologische Annäherungen dürfen konsequenterweise im ehrlichen Dialog nicht zum Verzicht auf konstitutive theologische Inhalte führen. Selbstaufgabe kann nicht Ziel der Begegnung sein. Tatsächlich müssen die theologischen Dialoge in den ethischen und praktisch-theologischen Fragen vertieft werden. Die religionsverschiedenen Ehen wurden als Beispiel dafür angeführt, wie gesellschaftliche Realität in kirchliche Vollzüge einfließt. In noch sehr viel mehr und weiter führenden Fragen müßte die Realität in der Theologie Niederschlag finden. Medizinisch-ethische Fragen, wie Organverpflanzung oder Schwangerschaftskonfliktberatung diskutieren die Religionsgemeinschaften intern und mit dem Staat, aber nicht miteinander. Über kirchenpolitische Fragen, wie z. B. die Erhaltung bzw. Einführung des konfessionellen Religionsunterrichts, tauschen

sich auch nur die dafür institutionalisierten Arbeitsgruppen aus.

Der „Dialog der Experten“ bleibt marginal, defizitär und wird von den Gruppen, die an der Basis schon vorangekommen zu sein scheinen, seiner Bedachtsamkeit und Bedenken wegen zudem als Bremsklotz erfahren. Dabei fehlen nichts als Strukturen, die die Aktivitäten der Gemeinden vernetzen, die Erfahrungen mit den Dialog-Experten konfrontieren, den Austausch zur Auswertung bringen und die Effektivität der Einzelaktionen erhöhen. Sie in Form von *Kontaktpersonen* in der Diözese und den Dekanaten aufzubauen, weigern sich die katholischen Bistümer, ähnlich wie die evangelischen Landeskirchen ihre Bemühungen sparsamer umsetzen müssen. Daß nun in der Vernetzung die regionalen Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen (ACK) eine bedeutende Rolle übernehmen werden, zeichnet sich bereits ab.

Auch an der Basis des Dialoggeschehens gab es ausreichend Umsonst-Erfahrungen. Ein Verhaltensmuster, das in der Begegnung mit Muslimen in die Ausweglosigkeit führte und sich überholt hat, läßt sich mit „Anwalts-“ oder „Stellvertreterfunktion“ beschreiben. Als die Begegnung zwischen Christen und Muslimen vor rund zwei Jahrzehnten organisiert aufgebaut wurde, waren manche islamischen Organisationen in Deutschland noch nicht einmal vertreten, z. B. die Türkische Anstalt für Religion, und die anderen Moscheegemeinden und Vereine gerade dabei, sich einzurichten. Wenn es

ihnen an Räumlichkeiten für die Feiern fehlte, sprachen sie schon mal bei der Kirche vor, oder baten dann die Vertreter der Kirchen, beim Erwerb geeigneter Immobilien befürwortend beizustehen. Die christlichen Dialogpartner wurden als Bündnispartner verstanden und benutzt. Und sie haben sich mit Engagement für die Muslime stark gemacht.

Ein Beispiel für die Grenzen der Anwaltsfunktion sei die Diskussion um den *multikulturellen Kindergarten*. War es anfangs die Frage, ob muslimische Kinder in den konfessionellen Kindergarten aufgenommen werden sollten, die schließlich zur Förderung der Integration und des fruchtbaren Zusammenlebens bejahend beantwortet wurde, trat bald die Forderung nach muslimisch-türkischen Erzieherinnen dazu. Die Formen von sprachlicher und religiöser Segregation jedoch, die derzeit in den Großstädten beobachtet werden, geben den Warnern nachträglich Recht. Heute ist es nichts Besonderes mehr, daß die islamischen Organisationen ihre eigenen Kindergärten, mit muslimischen Erzieherinnen und Fördermitteln aus der Jugendpflege einrichten – und das, ohne die Kirchen um Unterstützung zu fragen oder wenigstens mit ihnen einen gemeinsamen Weg abzuklären.

Auch eine Übersetzung der paulinischen Missionsmethode, den Muslimen Muslim werden, hat sich in keiner ihrer Variationen bewährt. Der Dialog verlangt nach Aufrichtigkeit und Standfestigkeit mit ausreichender Beweglichkeit für das Miteinander.

Barbara Huber-Rudolf

## Beträchtlicher Einfluß

### Orthodoxie und Politik in Südosteuropa

*Die orthodoxen Nationalkirchen in Südosteuropa sind in ihren Ländern auch ein ganz erheblicher politischer Faktor, sei es durch direkte oder durch indirekte Einflußnahme. Das gilt für Rumänien wie für Bulgarien und Serbien. Hannes Schreiber (Wien) hat für uns Fakten und Beobachtungen zu diesem interessanten Problemfeld zusammengetragen.*

In mehreren Ländern auf dem Balkan gewinnen Vertreter der Kirche einen Einfluß auf die Politik, wie er in Mitteleuropa weitgehend unvorstellbar ist. Teilweise geht es dabei um eine religiöse Verbrämung politischer oder gesellschaftlicher Ereignisse, teilweise aber auch um konkrete Einflußnahme auf politisches Geschehen, vor allem aber um Unterstützung oder Verurteilung von Politikern. Nicht zuletzt spielen Hierarchen und Mönche, die aufgrund ihres geistlichen Lebens angesehen sind, bisweilen eine hervorragende Rolle – lassen sich aber auch vor den Karren einer Partei oder Strömung spannen.

Der Staat brauche zwar nicht die Hilfe Gottes, aber die Autorität der Kirche, meinte unlängst ein Berater *Boris Jelzins*. Tatsächlich genießt heute die Kirche in den meisten vorwie-

gend orthodoxen Reformländern unter der Bevölkerung von allen Institutionen das höchste Ansehen, in anderen, wie etwa in Bulgarien, das höchste Ansehen nach dem Militär. Dementsprechend ist es für Politiker von nicht zu unterschätzendem Wert, wenn sie auf Kontakte zu angesehenen kirchlichen Persönlichkeiten verweisen können. Umgekehrt bietet dies Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens die Möglichkeit, Einfluß auf wesentliche Entscheidungen in der Politik zu nehmen.

In Rußland hat sich und seiner Kirche Patriarch *Aleksij* Zurückhaltung auferlegt: „Wenn die Kirche eine Ehe mit dem Staat schließt, kann sie in ungunstigen Zeiten leicht zur Witwe werden!“ Für verschiedene orthodoxe Persönlichkeiten auf dem Balkan gilt dieser Grundsatz nicht. Der Hoff-